

Einstimmiger Beschluss der BN-Delegiertenversammlung
am 15. Mai 2011 in Amberg



Sofortausstieg aus der Atomenergie einleiten und die ökologische Energiewende in Bayern und Deutschland endlich umsetzen

Die Nutzung der Atomenergie ist weltweit lebensgefährlich und unverantwortbar. Der Bund Naturschutz bekräftigt seine Forderung für den Sofortausstieg aus dieser unbeherrschbaren Risikotechnologie. Bayern muss zum Spitzenreiter beim Energiesparen, in der Energieeffizienz und beim naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien werden.

Eingedenk der schrecklichen Zerstörungen und des unermesslichen Leids der Menschen durch die aktuelle Atomkatastrophe in Japan, 32 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Harrisburg und 25 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl fordert der Bund Naturschutz alle Politikerinnen und Politiker auf Europa-, Bundes- und Landesebene sowie die Verantwortlichen in der Bundesregierung und der bayerischen Staatsregierung auf, sich für den sofortigen Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie einzusetzen. Der Bund Naturschutz und der BUND fordern die Abkehr von dieser unverantwortbaren Atomtechnologie seit dem Jahr 1975, lange bevor irgendeine politische Partei dies formulierte.

Alle Atomkraftwerke müssen sofort, ohne schuldhaftes Zögern, abgeschaltet und eine ökologische Energiewende mit dem Dreiklang aus Energieeinsparung (Stopp der Verschwendung), Energieeffizienz und naturverträglichem Ausbau der erneuerbaren Energien zur hundertprozentigen Vollversorgung eingeleitet werden. Atomkraft ist keine Brückentechnologie, sondern eine Blockadetechnologie. Wir sehen die Forderung der Generationengerechtigkeit aus Artikel 20a des Grundgesetzes als nicht erfüllt an. Auch aus diesem Grund ist die Energieversorgung zu dezentralisieren und als Übergang die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme durch dezentrale Heizkraftwerke zu forcieren. Ebenso ist den Netzbetreibern und Energieversorgern der Bezug von Atomstrom außerhalb von Deutschland zu untersagen.

Die Blockade einer ökologischen Energiewende durch die Atomkraftwerke betreibenden Energiekonzerne muss beendet werden. Denn die Stromkonzerne verfügen schon jetzt aufgrund der falsch gesetzten politischen Rahmenbedingungen über ungerechtfertigte Gewinne in Milliardenhöhe und blockieren den nötigen Umbau des Energiesystems für eine sparsame und effiziente Energienutzung sowie die technisch mögliche Erzeugung des Stroms zu 100 Prozent aus regenerativer Energie. Bei der gerade auch auf Betreiben der bayerischen Staatsregierung vor einem halben Jahr beschlossenen Laufzeitverlängerung wird der Zusatzgewinn je Atomkraftwerk auf bis zu einer Million Euro pro Tag geschätzt. Der Bund Naturschutz verurteilt diese wirtschaftliche Bereicherung der Atomkonzerne auf Kosten unserer Sicherheit.

Die Abgeordneten des bayerischen Landtages und die bayerische Staatsregierung fordert der Bund Naturschutz auf, den Atomausstieg und die ökologische Energiewende in allen Fachressorts und auf allen Ebenen durchzusetzen und hierzu ein neues Atomausstiegsgesetz zu beschließen. Die Blockadepolitik bei der Fortführung der ökologischen Steuerreform, bei schärferen gesetzlichen Vorschriften und Förderprogrammen zum Energiesparen und der Energieeffizienz in allen Bereichen von der Verkehrspolitik bis zur Gebäudesanierung muss beendet werden. Aus der Krise der bisherigen Energiepolitik, die durch Klimaschädigung, Naturzerstörung, atomaren Katastrophen und Abhängigkeit von Energieimporten geprägt war, müssen Konsequenzen gezogen und die Chancen der Klimaschutzpolitik für Umwelt und Arbeitsplätze endlich genutzt werden.

Der Bund Naturschutz fordert konkrete Maßnahmen für den Dreiklang von Atomausstieg, Klimaschutz und Arbeitsplatzsicherung durch

- Sofortausstieg aus der Atomenergienutzung,
- die drastische Verringerung des Energieverbrauchs um bis zu 75 Prozent bei Nutzung vorhandener Technik ohne Verringerung der Lebensqualität im Rahmen eines humanen und zukunftsfähigen Wohlstandsbegriffes vor allem im Bereich der energetischen Gebäudesanierung, Kraft-Wärme-Kopplung, Stromspartechnik und energiesparender Produktionsweisen,
- die Abschaffung der im Rahmen der Atomausstiegsverhandlungen gewährten Subventionen und Privilegien für die Energiekonzerne,
- die Fortführung der ökologischen Finanzreform, um energiesparendes Verhalten und entsprechende Investitionen zu fördern,
- eine Wirtschafts- und Forschungspolitik, die nur noch Energieeinsparung, Energieeffizienz und damit die ökologische Energiewende fördert,
- die umweltgerechte Förderung und den naturverträglichen, planvollen Ausbau der erneuerbaren Energien hin zur hundertprozentigen Versorgung,
- eine Energie sparende Mobilitäts- und Siedlungspolitik durch den Verzicht auf Neubau und Subventionierung von Fernstraßen und Flughäfen, die Anlastung der externen Kosten bei allen Verkehrsträgern und Priorität bei Investitionen für das zu Fuß gehen, Rad fahren und den öffentlichen Verkehr mit Bahn und Bus.

Begründung

Eine Vielzahl von Gutachten vom Sachverständigenrat für Umweltfragen, über das Umweltbundesamt bis zum Bundeswirtschaftsministerium bestätigen, dass weder für die Versorgungssicherheit noch für den Klimaschutz ein Weiterbetrieb von Atomkraftwerken notwendig ist.

Aktiver Klimaschutz und eine ökologische Energiewende im Sinne der Generationengerechtigkeit können nur stattfinden, wenn die Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Wer von „sicheren deutschen“ Atomkraftwerken spricht, ignoriert die alarmierenden Ergebnisse der Deutschen Risikostudie Kernkraftwerke (Minister Zimmermann 1979, Minister Töpfer 1989) sowie die Tatsache, dass nach einer OECD-Studie deutsche Reaktoren im internationalen Vergleich schlecht abschneiden. Auch in Deutschland wurde amtlich bestätigt, dass Atomkraftwerke schon im „Normalbetrieb“ Krebsopfer unter Kindern und Erwachsenen fordern, je jünger und je näher am Reaktor, umso mehr.

Für den Bund Naturschutz ist es völlig unverantwortlich, den Atommüllberg durch Laufzeitverlängerung weiter wachsen zu lassen, obwohl die Entsorgung völlig ungelöst ist. Die Atommüll-Zwischenlager in Niederaichbach, Gundremmingen und Grafenrheinfeld würden damit als „provisorische Endlager“ weiter bestehen.

Trotz mehr als 5 Jahrzehnten Entwicklungszeit bedarf die Atomkraft auch heute noch intensiver staatlicher Subventionen – von der Befreiung von einer angemessenen Haftpflichtversicherung bis zur ungelösten Entsorgung. Sie kommt praktisch nur noch in Ländern mit verstaatlichter Stromversorgung voran: Russland, China, Frankreich. Im Gegensatz zur Markteinführung anderer Energietechniken werden Atomkraftwerke immer teurer. Auch nach über 50 Jahren ist diese Technik in keinsten Weise technisch beherrschbar und ethisch vertretbar. Trotz großer staatlicher Subventionen in Ländern mit Atomkraftwerken liegt der Anteil des Atomstroms an der gesamten Weltenergieversorgung heute bei lediglich 2,5% und damit niedriger als der Anteil der Erneuerbaren Energien. Zum Zurückdrängen von Kohle, Öl und Gas und damit zur Entlastung der Atmosphäre von klimaschädlichen Gasen hat die Atomkraft keinen Beitrag geleistet. Der Brennstoff Uran wird schneller zu Ende sein als Öl und Gas.

Schon die Studien der Bundestagsenquete-Kommissionen 1980 und 1990 bestätigen: Ausbau der nachhaltigen Energiestrukturen schützt das Klima besser als der Weiterbetrieb von Atomkraftwerken. Das Umweltbundesamt fand schon 1997, dass der Ausbau der Kernenergie „ein Hauptthemnis für die zur Erreichung des Klimaschutzzieles unabdingbare Effizienzverbesserung“ sei und die damalige Umweltministerin Angela Merkel bestätigte dies vor der Öffentlichkeit. Doch aus diesen Erkenntnissen wurden keine Konsequenzen gezogen und die erforderliche ökologische Energiewende aus wirtschaftlichen und politischen Interessen nicht umgesetzt. Mit dem Beschluss zur Laufzeitverlängerung der Bundestagsmehrheit von CDU/CSU und FDP im Herbst 2010 wurden den vier Atomkonzernen E.on, RWE, ENBW, und Vattenfall Milliarden Euro Zusatzprofite zugeschanzt und der Umstieg in eine zukunftsfähige Energienutzung blockiert.

Bund Naturschutz lehnte den mit Zugeständnissen für die Atomkonzerne erkauften „Atomausstieg“ ab

Schon der sogenannte „Atomausstieg“ unter der rot-grün geführten Bundesregierung wurde mit großen Zugeständnissen an die Betreiber von AKWs erkauft.

1. Das weltweit schärfste Atomgesetz trat mit dem sog. Atomausstieg im Jahre 2000 außer Kraft. Seit dem 21. Juli 1994 gab es das Atom – Artikelgesetz, das viel strengere Anforderungen an die Sicherheit von Atomkraftwerken stellte. Kraftwerke waren nur dann genehmigungsfähig, wenn „einschneidende Maßnahmen zum Schutz vor der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlen außerhalb des abgeschlossenen Geländes der Anlage nicht erforderlich“ seien. Das ist auch von der neuen EPR-Reaktorlinie nicht erfüllbar und bedeutet, dass alle bestehenden Kraftwerke nicht mehr dem Stand von Technik und Wissenschaft entsprechen.
2. Ebenfalls mit dem „Atomausstieg“ wurde der Standard der Sicherheitsüberprüfungen in den Restlaufjahren herabgesetzt.
3. Mit der Einrichtung sogenannter Zwischenlager an den AKW-Standorten, gegen die der Bund Naturschutz als einziger Umweltverband in Bayern erfolglos geklagt hatte, wurde die ungelöste Entsorgung politisch und juristisch abgesichert.
4. Die Haftungsvorsorge und Haftpflichtversicherung eines Atomkraftwerkes wurde mit einem halben Promille der Schadenssumme bei einem Unfall völlig unzureichend festgelegt und das Risiko wie die Schadenskosten der Allgemeinheit aufgebürdet. Mit der Freigabe der „Entsorgungsrückstellungen“ für den Atommüll wurde den Atomkonzernen ermöglicht, ihre Marktmacht -weit über den Energiebereich hinaus - massiv auszubauen.

Ausstieg aus der Atomenergie – sofort! Auch deutsche Atomkraftwerke sind eine Risikotechnologie

Die Deutsche Risikostudie Kernkraftwerke bescheinigt dem Druckwasserreaktor verheerende Folgen einer Reaktorkatastrophe: 14000 „Soforttote“ und Hunderttausende sog. „Langzeittoter“. Die Eintrittswahrscheinlichkeit solcher Katastrophen ist erschreckend hoch. Die Prognos AG errechnete im Auftrag des Bonner Wirtschaftsministeriums dafür einen möglichen Schadensumfang von mehr als 5000 Mrd. Euro. Diese Summe wird von keiner Haftpflichtversicherung abgedeckt. Das im Rahmen des „Atomausstiegs“ geänderte Atomgesetz begrenzt die Haftung auf 2,5 Mrd. Euro, also ein halbes Promille der genannten Summe. Es ist daher unverantwortlich, Atomkraftwerke weiter zu betreiben mit nichts als der Hoffnung, in der Restlaufzeit werde schon nichts passieren. Die Risikostudie gibt nur die Wahrscheinlichkeit einer Reaktorkatastrophe an. Über deren Eintrittsdatum macht sie keine Aussage. Es kann schon morgen passieren. Der Weiterbetrieb von Atomkraftwerken blockiert den Ausbau Erneuerbaren Energien und unterläuft die Bemühungen, den Energieverbrauch effektiver zu gestalten. Damit werden auch hunderttausende zukunftssträchtiger Arbeitsplätze gefährdet, die Deutschland als Vorreiter bei den modernen Energietechnologien bieten könnte.

Eine rationale Analyse und ethische Beurteilung kann nur zum Ergebnis kommen: Ausstieg aus der Atomenergie – sofort! Der Bund Naturschutz und der BUND fordern dies seit dem Jahr 1975, lange bevor irgendeine politische Partei dies formulierte.

Der vermeintliche betriebswirtschaftliche Zugewinn von fünf bayerischen Atomreaktoren für die Strom produzierenden Unternehmen steht in keiner vernünftigen Relation zum Risiko. Die Folgen einer Verstrahlung wären unermesslich. Neben dem Leid der Menschen - wer könnte den Schaden bezahlen, wenn ein bis zwei bayerische Regierungsbezirke geräumt werden müssten und die Immobilienwerte dort wegen radioaktiver Verseuchung auf „Null“ gesetzt würden, weil sie unverkäuflich sind?

Die ökologische Energiewende ist möglich – Bayern muss zum Spitzenreiter beim Energiesparen, bei der Energieeffizienz und beim naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien werden

Der Bund Naturschutz hat nachgewiesen, dass bereits mit heute verfügbarer Effizienztechnik nahezu Zweidrittel der bislang in Deutschland benötigten Endenergie eingespart werden können. Der Rest wird von Erneuerbaren Energien abgedeckt. Atomkraft ist nicht nötig. Dies gilt auch für Bayern. Der hohe Anteil der Atomkraft an der bayerischen Stromerzeugung dient in erster Linie dem internationalen Stromhandel und dem Export. Der Atomstromanteil an der bayerischen Energieversorgung ist nicht nennenswert höher als im deutschen Durchschnitt.

Derzeit exportiert Deutschland jährlich Strommengen, die einer Kraftwerksleistung von 15 Gigawatt entsprechen. Das bedeutet, dass 9 Atomkraftwerke abgeschaltet werden könnten, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden, also mehr als die Hälfte der 17 in Deutschland betriebenen Atomkraftwerke. Selbst nach Aussage des Bundesumweltministeriums könnten die deutschen AKWs abgeschaltet werden, wenn die Produktion von Strom aus Erneuerbaren Energien die Marke von 40 Prozent überschreitet. Nach den Prognosen des Bundesverbandes der Erneuerbaren Energien (BEE) vom Januar 2011, sollte dies im Jahr 2015 erreichbar sein.

Energiesparen bei Strom, Wärmeenergie und im Verkehr muss erfolgen durch Verzicht, da wo Energie unsinnig verschwendet wird. Energiesparen muss erfolgen durch intelligente und moderne Technik. Energiesparmaßnahmen entlasten den Verbraucher, lenken sinnvolle Investitionen und schaffen lokal und dezentral Arbeitsplätze. Bis 2010 entstanden durch Energiesparen und Erneuerbare Energien rund 350.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland.

Das Wuppertal Institut hat abgeschätzt, dass kurz- bis mittelfristig ca. 20 Prozent des deutschen Stromverbrauchs eingespart werden können. Allein dies entspricht fast dem Stromerzeugungsanteil aus den deutschen AKWs mit derzeit 22 Prozent.

Der Bund Naturschutz sieht Einsparpotentiale bis zu Zweidrittel der Endenergie, wenn heutige Technologien konsequent genutzt würden.

Beispiele für den privaten Haushalt im Strombereich sind: Konsequentes Trennen von elektronischen Geräten vom Netz durch Steckerleisten mit Ausschalttaste. „Stand-by“- Funktionen verschwenden sinnlos Strom aus mehreren AKWs. Weitere Maßnahmen: Geregelt Pumpen für Heizung und Warmwasser, mit bis zu 90%

Stromersparnis, Energiesparlampen in Haushalt, Gewerbe und Industrie, Strom sparende Kühlschränke, keine elektrische Heizung in schlecht gedämmten Wohnhäusern.

Ein Viertel der bundesweit verbrauchten Primärenergie geht in private Haushalte. Mehr als vier Fünftel hiervon werden für Heizwärme genutzt. Der größte Teil der Gebäude ist Altbestand, dessen Wärmeverbrauch zehnmal größer als der von Neubauten ist. Der Bund Naturschutz fordert daher die bayerische Staatsregierung auf, ein bayerisches Klimaschutz- und Energieeinspargesetz mit konkreten, quantifizierten Zielen zu beschließen sowie ein lückenloses Netz von unabhängigen, neutral beratenden Energieagenturen und -beratern nach dem Vorbild der Energieagentur Nordbayern aufzubauen.

Ein Viertel des bundesdeutschen Primärenergieverbrauchs wird in Form von Kühlwasser bei der Stromerzeugung verschwendet. Strom sollte in Deutschland und Bayern daher nur noch mit Kraftwärmekopplung hergestellt werden – hier sind entsprechende gesetzliche Vorschriften erforderlich. Die Abwärme jeder Stromerzeugung muss genutzt werden, als Nah- oder als Fernwärme.

Die Erneuerbaren Energien müssen in Abstimmung mit Natur- und Heimatschutz massiv ausgebaut werden. Vor allem in Bayern muss die Erzeugung aus Windenergie und Sonnenenergie forcieren, denn pro Hektar Fläche steht der Stromertrag aus Wind: Fotovoltaik: Biogas im Verhältnis von 100: 10: 1. Bayern hat in 2010 nur ein Prozent Windstrom produziert, Deutschland bereits sieben Prozent Windstrom. Für eine hundertprozentige Versorgung mit Strom aus Erneuerbaren Energien benötigen wir in Bayern über dreißig Prozent Windstrom. Die Regional- und Landesplanung sowie die Kommunen sind ebenso gefordert, die ökologische Energiewende umzusetzen. Die Zukunft der Energieversorgung muss dezentral und kommunal in der Hand der Bürger Bayerns sein.

Effizienztechnik und Erneuerbare Energien sind von höchstem regionalem Interesse. Denn je nach Größe eines Landkreises müssen dessen Einwohner und Gewerbetreibende jährliche Energierechnungen zwischen einer halben und einer Milliarde Euro bezahlen. Der größte Teil dieser Summe verlässt den Landkreis sehr schnell, denn die meisten konventionellen Energieträger werden importiert: Gas zu 83 %, Öl zu 94 %, Uran zu 100 %. Jeder in Energieeinsparung und nachhaltige Energieformen investierte Euro schiebt Investitionen vor Ort an, die Kaufkraft verbleibt im Landkreis.

Der Bund Naturschutz fordert daher eine Energierevolution auch „von unten“. In allen bayerischen Städten und Gemeinden müssen regional abgestimmte Energienutzungspläne und Klimaschutzkonzepte mit klaren Zielen für die Energieeinsparung, die Energieeffizienz und den naturverträglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien mit den Bürgern diskutiert und beschlossen werden.